



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

5. Sitzung (öffentlich)

2. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender)
Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

*Hinweis: Im Verlauf der Sitzung (siehe auch Seiten 27 und 28 des Diskussions-
teils) verschiebt der Ausschuss den ursprünglichen TOP 5 „Familienzentren sol-
len zu Orten für Kinder und Familien werden“ auf seine nächste Sitzung. Die
nachfolgenden Punkte werden entsprechend neu nummeriert.*

1 Politische Schwerpunkte der Regierungstätigkeit der 14. Wahlperiode 1

- Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Ministers für Arbeit,
Gesundheit und Soziales (Themenbereiche Gesundheit/Soziales)

Aussprache über den Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und
Soziales (APr 14/24) zu den Themen Soziales und Gesundheit

2 Einführung eines Werkstattjahres 16

Vorlage 14/125

Der Ausschuss diskutiert und plant, Anfang 2006 eine Anhörung zum
Werkstattjahr durchzuführen.

Seite

3 Krankenhausplanung NRW

23

Vorlage 14/84

StS Prof. Dr. Stefan Winter (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erstattet Bericht und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

4 Regionalstellen Frau und Beruf brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierungszusage für 2006

28

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/199

Vorlage 14/105

- abschließende Beratung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik

Der Ausschuss beschließt, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik abzugeben.

(Der Punkt „Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden“ wird auf die nächste AGS-Sitzung verschoben.)

5 Nachtragshaushaltsgesetz 2005

31

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/300 (Einzelplan 11)

(siehe auch Anlage 1 - Auszug Einzelplan 11 - und Anlage 2 - Antwort der Landesregierung auf eine in dieser Sitzung gestellte Frage)

Der Ausschuss behandelt die ihn tangierenden Kapitel des Einzelplans 11.

6 Vorschlag für ein Aufsichtsratsmitglied und eine Stellvertretung des Zentrums für Telematik im Gesundheitswesen - ZTG -

36

Der Ausschuss benennt Herrn Günter Garbrecht (SPD) als ordentliches Aufsichtsratsmitglied des ZTG und Herrn Hubert Kleff (CDU) als stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied des ZTG.

Seite

- 7 Benennung einer Vertretung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales als Mitglied des Aufsichtsrates der Epidemiologischen Krebsregister gGmbH** 37

Der Ausschuss benennt Herrn Rudolf Henke (CDU) als Mitglied des Aufsichtsrates der Epidemiologischen Krebsregister gGmbH.

- 8 Verschiedenes** 37

Der Ausschuss kommt kurz auf die Entwicklung der Kosten im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform SGB II zu sprechen.

Der vorliegende Antrag sei nicht stimmig, da über die in ihm angesprochenen Ziel-2-Mittel ohnehin neu verhandelt werde und derzeit noch gar nicht bekannt sei, in welcher Höhe und für welche Aufgaben sie überhaupt noch fließen würden.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt fest, der von Frau Howe als Kompromiss verstandene Vorschlag werde offenbar nicht angenommen. Der Minister habe sich im Plenum eher kompromissbereit geäußert. Es stelle sich daher die Frage, ob das Ministerium bei der Suche nach einem Kompromiss helfen könne.

Rainer Bischoff (SPD) steht auf dem Standpunkt, dass sich die CDU beim Wort nehmen lassen und zustimmen müsse. Frau Howe habe versucht, die in mehreren Diskussionsbeiträgen geäußerten Bedenken aufzunehmen, und vorgeschlagen, sich nicht auf eine bestimmte Förderhöhe festzulegen.

Barbara Steffens (GRÜNE) geht davon aus, dass es nicht ausreiche, das Wort „unverändert“ im Antrag zu streichen. Um das Verfahren abzukürzen, gebe es nun zwei Möglichkeiten: Entweder stimme der Ausschuss sofort über den Antrag ab, was bedeuten würde, dass der Antrag mehrheitlich abgelehnt würde, oder er verzichte auf die Abgabe eines Votums und versuche, auf der Grundlage dieser Diskussion einen gemeinsamen Weg zu finden. Alles Weitere bleibe dem federführenden Ausschuss für Frauenpolitik überlassen, der herausfinden müsse, ob eine Einigung wirklich möglich sei, auch wenn offenbar Konsens bestehe über die gute Arbeit der Stellen. Wem an der Sache gelegen sei, der sollte nach einem Kompromiss suchen, nichts übers Knie brechen und nicht voreilig ein negatives Votum abgeben.

Auch seine Fraktion schlage vor, so **Norbert Post (CDU)**, den Antrag ohne Votum an den Ausschuss für Frauenpolitik zu überweisen.

Der **Ausschuss** beschließt, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik abzugeben.

(Der Punkt „Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden“ wird auf die nächste Sitzung verschoben.)

5 Nachtragshaushaltsgesetz 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/300 (Einzelplan 11)

(siehe auch Anlage 1 - Auszug Einzelplan 11 - und Anlage 2 - Antwort der Landesregierung auf eine in dieser Sitzung gestellte Frage)

LMR Hans Lauf (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) führt aus, der Nachtragshaushalt befinde sich seit kurzem in der Beratung, werde noch in 2005 ver-

abschiedet und sehe nur einige wenige Reparaturen und Korrekturen des laufenden Haushalts vor. Betroffen seien insbesondere Personalien, aber auch einige hochgerechnete Ansätze, wo nachgesteuert werden müsse.

Kapitel 11 031 - Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung

Rainer Bischoff (SPD) fragt, ob die 28 Millionen € für das Werkstattjahr im Haushalt des Schulministeriums veranschlagt worden seien.

LMR Hans Lauf (MAGS) antwortet, die Mittel für das Werkstattjahr seien in Verpflichtungsermächtigungen umgewandelt worden, weil man davon ausgehe, dass man sie im laufenden Jahr nicht abrufen werde.

Rainer Bischoff (SPD) entgegnet, das Werkstattjahr laufe bereits seit Anfang November. Somit werde ein Sechstel der Summe noch im laufenden Jahr benötigt.

MDgt Dr. Wilhelm Schäffer (MAGS) erklärt, die für die Umsetzung des Werkstattjahres in 2005 notwendigen Mittel seien selbstverständlich im Haushaltsvollzug des laufenden Jahres vorgesehen. Die im Jahr 2006 notwendigen Mittel würden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen abgerufen.

Barbara Steffens (GRÜNE) möchte wissen, ob die geplante Umschichtung für das Werkstattjahr hinsichtlich der ESF-Mittel im derzeit geltenden Landeshaushalt abgedeckt sei.

MDgt Dr. Wilhelm Schäffer (MAGS) bejaht dies.

Kapitel 11 070 - Krankenhausförderung

Er hielte es für übersichtlicher und nachvollziehbarer, merkt **Rainer Bischoff (SPD)** an, wenn das Ministerium eine Liste über die geplanten Investitionsvorhaben vorlegen würde.

Barbara Steffens (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Verpflichtungsermächtigungen mit dem Nachtragshaushalt nicht reduziert werden müssten, da der Minister keine neuen Bewilligungen aussprechen wolle.

LMR Hans Lauf (MAGS) antwortet zunächst auf die Frage von Frau Steffens: Der Minister habe zugesagt, die Verpflichtungsermächtigungen in diesem Jahr in vollem Umfang umzusetzen. Die Diskussion habe sich bisher auf das Investitionsprogramm 2006 bezogen. Das betreffe die in 2006 und nicht im laufenden Jahr etatisierten Verpflichtungsermächtigungen. Käme nichts, würden sie im nächsten Haushalt auf Null gesetzt.

Man könne gern eine Liste über die ca. 500 einzelnen Maßnahmen vorlegen, so der Redner zu Herrn Bischoff, sie seien aber auch im Haushaltsplan aufgeführt. Es handele sich hier um noch nicht ausfinanzierte Maßnahmen. Im laufenden Jahr würden die Investitionsprogramme der vergangenen Jahre - selbst welche von 1990 - komplett bedient. Das Investitionsprogramm selbst werde ausschließlich aus Verpflichtungsermächtigungen gespeist. Die Maßnahmen würden in mehr oder weniger großem Umfang finanziert. Das sei wie immer Bestandteil des Haushaltsplans. Man kalkuliere stets ein bis anderthalb Jahre vorher, wie viel Geld man für die Ausfinanzierung der früheren Maßnahmen benötigen werde, wobei man sich naturgemäß mal zum Positiven, mal zum Negativen verschätze. In 2005 habe man „Pech“ gehabt, da zu wenig Geld etatziert gewesen sei, um die fälligen Rechnungen usw. bezahlen zu können.

Kapitel 11 130 - Maßregelvollzug

Barbara Steffens (GRÜNE) möchte wissen, ob die Mehrkosten auf die höheren Fallzahlen zurückzuführen seien und ob es darüber eine Aufstellung gebe.

LMR Hans Lauf (MAGS) erklärt, die höheren Ausgaben hätten sich nahezu ausschließlich durch die Fallzahlen ergeben, die so dramatisch angestiegen seien, wie man das zwei Jahre zuvor bei der Veranschlagung nicht habe vorhersehen können. Die Patientenzahlen lägen heute bei ca. 2.100. Insoweit hätten die Landschaftsverbände einen relativ hohen Mittelbedarf.

StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) wirft ein, hier handele es sich um einen Bundestrend, ein allgemeines Phänomen. Nordrhein-Westfalen sei also nicht solipsistisch.

Barbara Steffens (GRÜNE) bittet um eine ergänzende Übersicht über die Prognose und die tatsächliche Entwicklung.

Vorsitzender Günter Garbrecht hält fest, die Landesregierung werde für den Ausschuss eine Übersicht über die Fallzahlenentwicklung und damit die Kostensteigerung für die Forensik, aufgegliedert nach Landschaftsverbänden, erstellen.

Im Prinzip handele es sich dabei um zwei Werte, so **LMR Hans Lauf (MAGS)**, die man vielleicht dem Protokoll anhängen könnte (*siehe Anlage 2*).

Vorsitzender Günter Garbrecht stimmt dem zu.

Kapitel 11 330 - Versorgungsämter des Landes NRW

Rainer Schmeltzer (SPD) bittet um eine Begründung der Begründung, wonach zur Einsparung von Personalkosten eine Umorganisation der Versorgungsverwaltung beabsichtigt sei und im Vorgriff auf die Ergebnisse der Neustrukturierung 50 neue kw-

Vermerke ab dem 1. Januar 2008 ausgebracht werden sollten. Es stelle sich die Frage, wieso dies im Nachtragshaushalt 2005 aufgeführt sei.

LMR Hans Lauf (MAGS) erklärt, es laufe eine interne Prüfung, wo und wie die von der Landesregierung vorgesehenen 1,5 % der Stellen abgebaut werden könnten. Die Versorgungsverwaltung werde davon sicher nicht betroffen sein. Man erwarte aber - abhängig vom Ausgang der Strukturdiskussion -, eine große Zahl von Stellen abbauen zu können. Im Vorgriff auf die Umstrukturierung und unter Berücksichtigung des von der Landesregierung vorgesehenen Stellenabbaus seien insgesamt 50 kw-Vermerke ab dem 1. Januar 2008 ausgebracht worden. Bis 2008 wirkten diese kw-Vermerke nicht. Ziel sei, insbesondere aus Sicht des Ressorts genügend Zeit für die Strukturdiskussion zu haben.

Er sei kein Haushälter, so **Rainer Bischoff (SPD)**, meine aber, es müsse heißen „bis zum 1. Januar 2008“ und nicht „ab dem 1. Januar 2008“, da es sich hier um den Nachtragshaushalt 2005 handele.

Rainer Schmeltzer (SPD) schlussfolgert, mit dem Abbau des Personals in Höhe von 1,5 % solle offenbar bei den Versorgungsämtern im Vorgriff auf ein noch unbestimmtes Datum begonnen werden. Der geplante Personalabbau sei aus Sicht der SPD-Fraktion keine Reparatur, sondern ein Aufbauschen.

Sie nehme an, so **Barbara Steffens (GRÜNE)**, dass die hier aufgeführten kw-Vermerke ein Vorschlag zur Deckung der neuen Stellen im Rahmen der Regierungsbildung sein sollten, da sie erst ab 2008 ausgebracht würden. Offenbar gehe man davon aus, dass durch eine Umorganisation der Versorgungsverwaltung - für die es weder eine Struktur noch die Zustimmung, noch ein Datum gebe - 50 neue kw-Vermerke entstünden. Erstaunlich sei, dass diese im Nachtragshaushalt 2005 und nicht in den nächsten regulären Haushalt eingestellt würden. Sie habe das Gefühl, so die Rednerin, dass es sich hier um eine Luftnummer handele.

Vorsitzender Günter Garbrecht möchte ebenfalls wissen, warum die erst ab 2008 auszubringenden kw-Vermerke bereits in diesem Nachtragshaushalt und nicht erst in den Haushalt 2006 eingestellt würden.

LMR Hans Lauf (MAGS) betont, das Haushaltsinstrumentarium sehe kw-Vermerke „bis“, „ab“ und „unbefristet“ vor. Man hätte diese kw-Vermerke tatsächlich auch erst in den Haushalt 2006, 2007 oder 2008 einstellen können, habe aber zwecks Planungssicherheit für die Verwaltung frühzeitig darauf hinweisen wollen, dass hier eine deutliche Einsparung zu dem genannten Zeitpunkt beabsichtigt sei. Damit solle nicht der Aufwuchs im Ministerium gedeckt werden. Auf der Seite 102 des Gesetzentwurfs unterscheide man insofern auch diese 50 kw-Vermerke, die ab dem 1. Januar 2008 ausgebracht werden sollten, von den kw-Vermerken, die zum 31. Dezember 2005 ausgebracht würden und zur Deckung der Regierungsneubildung im laufenden Jahr dienten.

Barbara Steffens (GRÜNE) macht deutlich, dass man dem Entwurf nur dann zustimmen könne, wenn man wisse, was wie umorganisiert werden solle. Hier werde lediglich auf eine neue Struktur verwiesen, durch die voraussichtlich 50 Stellen wegfielen. Eine Konzeption für die beabsichtigte Umorganisation sei dem Parlament nicht vorgelegt worden. Um nicht indirekt einer Umorganisation zustimmen zu müssen, deren Richtung unbekannt sei, möge die Verwaltung den Ausschuss hierüber noch näher informieren. Andernfalls dürfe dieser Punkt nicht zur Abstimmung gestellt werden.

Rainer Schmeltzer (SPD) schließt sich seiner Vorrednerin an: In der Begründung stehe, dass eine Umorganisation beabsichtigt sei und dass im Vorgriff auf die Ergebnisse der Neustrukturierung 50 kw-Stellen ab dem 1. Januar 2008 ausgebracht werden sollten. Für diese Begründung gebe es keine Begründung. Man sollte daher die Ergebnisse abwarten und die kw-Vermerke in den Haushalt 2006 einstellen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) meint, es sei bisher gängige Praxis gewesen, Sperrvermerke beziehungsweise kw-Vermerke ohne Begründung auszubringen, wenn eine bestimmte Absicht dahinter gestanden habe. Auch Rot-Grün sei so vorgegangen.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt klar, dass kein Mitglied dieses Ausschusses die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Versorgungsämter anzweifle. Frau Steffens habe nach der Konzeption gefragt und wissen wollen, wann die Landesregierung den Ausschuss über ihre Überlegungen in Kenntnis setzen wolle.

Wäre er Mitglied der Landesregierung, so **Rudolf Henke (CDU)**, würde er sich sicher ein bisschen über diese Diskussion amüsieren. Die Landesregierung mache das Angebot, 50 Stellen ab dem 1. Januar 2008 wegfällen zu lassen, und der Ausschuss beginne mit einer Debatte, ob es dazu nicht einer weiteren Konkretisierung bedürfe.

Die Landesregierung verleihe mit dem Nachtragshaushalt für diesen Bereich ihrer Überzeugung Ausdruck, dass sich ab dem 1. Januar 2008 zusätzliche 50 Stellen in den Versorgungsämtern kw-stellen ließen. Ein Parlamentarier könne dem angesichts der Haushaltslage nur zustimmen.

Bei der Frage, ob der Ausschuss der Landesregierung nun Ablehnung oder Zustimmung zu ihrer Ankündigung signalisieren sollte, gebe es zwei Möglichkeiten: Vertrete man die Meinung, dass das alles noch nicht konkret genug sei, sollte man die Landesregierung auffordern, ihre Absicht, 50 neue kw-Vermerke ab dem 1. Januar 2008 auszubringen, zurückzunehmen und im Rahmen des Haushalts 2006 erneut zu diskutieren. Oder der Ausschuss stimme zu und erwarte im weiteren Haushaltsvollzug, dass die Landesregierung erkläre, wie sie ihre Ankündigung einlösen könne. Er favorisiere diese zweite Möglichkeit, so der Redner.

Norbert Post (CDU) erinnert daran, dass in den letzten zehn Jahren etwa 7.500 Stellen kw-gemeldet worden seien und dass es geübte Praxis gewesen sei, die ausgebrachten kw-Stellen nicht umzusetzen, obgleich Rot-Grün eigens dafür einen Beauftragten benannt gehabt habe. Die Antwort auf die Frage, wie die Verwaltung in den Versorgungs-

ämtern umgestellt werden solle, werde noch früh genug kommen. Jetzt gehe es lediglich darum, das Angebot zur Einsparung von 50 Stellen zur Kenntnis zu nehmen.

Die neue Regierung, so **Rainer Schmeltzer (SPD)**, werde sich daran messen lassen müssen, wie sie kw-Stellen umsetzen wolle.

Rot und Grün meinten nicht, dass die 50 Stellen nicht kw-gestellt werden dürften, so der Redner zu Herrn Henke. Es gehe lediglich um die Frage, warum dies im Nachtragshaushalt 2005 aufgeführt werde und warum im Vorgriff auf Untersuchungsergebnisse von 50 kw-Stellen ausgegangen werde. Theoretisch könnte die Untersuchung zeigen, dass sich sogar 100 Stellen kw-melden ließen.

Barbara Steffens (GRÜNE) hält es für möglich, dass 39 Jahre Opposition zu dieser Vorgehensweise der neuen Landesregierung und der neuen Koalition führten. Niemand habe etwas gegen kw-Vermerke. Es interessiere lediglich, wie die Versorgungsämter dafür umorganisiert werden sollten.

Man müsse auch daran erinnern, dass nicht jede Umorganisation der Vergangenheit zu Kosteneinsparungen für das Land geführt habe. Falsche Umorganisationen bedeuteten später höhere Kosten. Zum Beispiel sei die Abwicklung der Programme, die von der Landesregierung auf die Landesbank übertragen worden seien, in vielen Fällen nicht preiswerter, sondern teurer geworden. Da die Aufgabe der Versorgungsämter unter anderem darin bestehe, Programme abzuwickeln, sei es legitim, nach der beabsichtigten Umorganisation als Grundlage für die 50 kw-Stellen zu fragen, deren Umsetzung allein Sache der Koalition sei. Sie sollte der Opposition nicht vorwerfen, irgendetwas gegen kw-Vermerke zu haben und nicht zuzuschlagen, wenn die Landesregierung sie anbiete.

StS Prof. Dr. Stefan Winter (MAGS) betont, wenn man es wie die Landesregierung Ernst meine mit dem Sparen, könne es nicht verkehrt sein, sich eine Richtschnur - in diesem Fall 50 kw-Stellen - vorzugeben. Die Landesregierung würde es begrüßen, wenn noch mehr kw-Stellen ausgebracht werden könnten als vorgesehen, befinde sich aber bereits auf einem guten Weg und verdiene Vertrauen.

Im Übrigen gebe das Parlament der Landesregierung mit seinem Beschluss den Auftrag, so zu organisieren, dass sich diese kw-Vermerke auch realisieren ließen. Die Landesregierung habe lediglich signalisiert, wo gespart werden müsse. Unabhängig von der Umsetzung der kw-Vermerke durch Pensionierungen gelte es, Effizienzreserven zu heben, zum Beispiel im Versorgungsamt Köln.

6 Vorschlag für ein Aufsichtsratsmitglied und eine Stellvertretung des Zentrums für Telematik im Gesundheitswesen - ZTG -

Der **Ausschuss** benennt Herrn Günter Garbrecht (SPD) als ordentliches Aufsichtsratsmitglied des ZTG und Herrn Hubert Kleff (CDU) als stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied des ZTG.

04.10.2005

Gesetzentwurf

der Landesregierung

AUSZUG EP 11

Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz – EFG)

Die Anlage wurde als Sonderdruck an die Mitglieder des Landtags verteilt

Datum des Originals: 04.10.2005/Ausgegeben: 06.10.2005

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
für das Haushaltsjahr
2005

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

11 010

Ministerium

A u s g a b e n

Personalausgaben

Begründung:
 Einrichtung von 12 neuen Planstellen/Stellen (davon 4 kw zum
 31.12.2010) sowie 5 Stellenhebungen im Zuge der Regierungsneubil-
 dung

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	10 135 600	—	10 135 600
--------	-----	--	------------	---	------------

Planstellen

2005 neu	2005 bisher	
5	4	Bes.Gr. B 7 Ministerialdirigent/Ministerialdirigentin
10	9	Bes.Gr. B 4 Leitender/Leitende Ministerialrat/Ministerialrätin
9	8	Bes.Gr. B 3 Ministerialrat/Ministerialrätin
30	29	Bes.Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin
16	15	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin
13	8	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin
48	52	Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin
209	203	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		Gliederung nach Laufbahngruppen
107	97	Höherer Dienst
92	96	Gehobener Dienst
10	10	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	

425 01 011	Vergütungen der Angestellten.....	6 619 500	—	6 619 500
------------	-----------------------------------	-----------	---	-----------

Erläuterung
Zu Titel 425 01:

Stellen für Angestellte

Vergütungsgruppe BAT	Stellensoll 2005 neu	Stellensoll 2005 bisher	mehr (+) / weniger (-)
BAT Ia	5	4	+1
BAT Ib	4	2	+2
BAT III/IVa	7	6	+1
BAT Vb/Vc	18	16	+2
Gesamt	112	106	+6

Davon kw zum 31.12.2010 - Regierungsneubildung 2005:

- 2 (0) Stellen BAT I b
- 1 (0) Stelle BAT III / IV a
- 1 (0) Stelle BAT V b / V c

Gesamtausgaben Kapitel 11 010	25 467 400	—	25 467 400
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 010	100 000	—	100 000

Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
11 031	Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung			
	Einnahmen			
	Übrige Einnahmen			
272 30 252	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds für laufende Maßnahmen im Rahmen des Operationellen Programms der EU (Ziel 3 neu) aus der Programm- änderung 2004	49 400 000	-10 000 000	39 400 000
	<i>Begründung: Reduzierung aufgrund des geänderten Ausgabenansatzes bei Titel- gruppe 90.</i>			
	Gesamteinnahmen Kapitel 11 031	171 544 400	-10 000 000	161 544 400
	Ausgaben			
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 90 Zuweisungen und Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Finanzierung von zielgruppen-, modernisierungs- und strukturbezogenen Arbeitsmarkt- maßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiter- bildung und Innovation (Ziel 3 neu) - EU-Anteil (nach Programmänderung im Jahr 2004)			
686 90 252	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke	49 400 000	-10 000 000	39 400 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	39 000 000	+10 000 000		49 000 000
	<i>Begründung: Umschichtung von Barmitteln in Verpflichtungsermächtigungen sowie Verschiebung der Fälligkeiten bei den Verpflichtungsermächtigungen unter Berücksichtigung der bisherigen Bewilligungen und der voraus- sichtlichen Antragsentwicklung bis Ende des Jahres. Fälligkeiten der ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen bei Titel- gruppe 90: 2006 = 36.400.000 EUR (bisher: 23.400.000 EUR) 2007 = 11.700.000 EUR (wie bisher) 2008 = 900.000 EUR (bisher: 3.900.000 EUR)</i>			
	Summe Titelgruppe 90	49 400 000	-10 000 000	39 400 000
	Gesamtausgaben Kapitel 11 031	242 737 800	-10 000 000	232 737 800
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 031	201 920 000	+10 000 000	211 920 000

**Kapitel 11 033
Landesinstitut für Qualifizierung**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 033 Landesinstitut für Qualifizierung

Ausgaben

Personalausgaben

*Begründung:
Ausbringung von 1 neuen kw-Vermerk zum 31.12.2005 im Zuge der
Regierungsneubildung.*

422 01 023 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten , Richterinnen und Richter 591 600 — 591 600

Planstellen

2005 neu	2005 bisher	
5	5	Bes.Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin davon 1(0) Stelle kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005
19	19	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
Gliederung nach Laufbahngruppen		
19	19	Höherer Dienst
—	—	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gesamtausgaben Kapitel 11 033	1 629 800	—	1 629 800
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 033	5 500	—	5 500

Kapitel 11 070
 Krankenhausförderung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 070 Krankenhausförderung

Einnahmen

Übrige Einnahmen

333 01	312	Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an den nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze förderfähigen Investitionskosten ..	95 900 000	+6 000 000	101 900 000
--------	-----	---	------------	------------	-------------

Begründung:
 siehe Begründung zu Titel 893 60.

Gesamteinnahmen Kapitel 11 070			117 554 000	+6 000 000	123 554 000
--------------------------------------	--	--	-------------	------------	-------------

Ausgaben

Titelgruppen

Titelgruppe 60

Einzelförderung der Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach § 21 Abs. 1 Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NRW)

893 60	312	Zuschüsse für Investitionen an freie gemeinnützige Krankenhäuser	120 219 100	+30 000 000	150 219 100
--------	-----	--	-------------	-------------	-------------

Begründung:
 Die Mittel sind zur Deckung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen der Abwicklung früherer Investitionsprogramme erforderlich. Der Mehrbedarf resultiert aus veränderten Zahlungsfähigkeiten durch zeitliche Verschiebungen im Baufortschritt von Baumaßnahmen.

Summe Titelgruppe 60			168 638 500	+30 000 000	198 638 500
----------------------------	--	--	-------------	-------------	-------------

Gesamtausgaben Kapitel 11 070			485 918 700	+30 000 000	515 918 700
-------------------------------------	--	--	-------------	-------------	-------------

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 070			255 000 000	—	255 000 000
---	--	--	-------------	---	-------------

Kapitel 11 080

Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

11 080 **Maßnahmen für das Gesundheitswesen****Ausgaben****Titelgruppen**Titelgruppe 90
Seuchenbekämpfung

neu:

514 90 314 **Ausgaben für Maßnahmen zur Pandemieabwehr ...** — +33 500 000 33 500 000*Begründung:
Ansatz für die Bevorratung von antiviralen Arzneimitteln im Rahmen der
Pandemie-Planung.*

Summe Titelgruppe 90 333 000 +33 500 000 33 833 000

Gesamtausgaben Kapitel 11 080 30 403 600 +33 500 000 63 903 600

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 080 5 787 200 — 5 787 200

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 110 **Staatliche Ämter für Arbeitsschutz****Ausgaben****Personalausgaben**

Begründung:
Ausbringung eines neuen kw-Vermerks zum 31.12.2005 im Zuge der
Regierungsneubildung.

422 01 254 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und
Beamten , Richterinnen und Richter** 22 895 100 — 22 895 100

Planstellen

2005 neu	2005 bisher	
76	76	Bes.Gr. A 7 Gewerbeobersekretär/Gewerbeobersekretärin davon 1 (0) Stelle kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005
650	650	Planstellen davon Dienstwohnungsinhaber
83	83	Höherer Dienst
288	288	Gehobener Dienst
279	279	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gesamtausgaben Kapitel 11 110 37 765 800 — 37 765 800

Kapitel 11 120
Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

11 120 Landesanstalt für Arbeitsschutz,
Landessammelstelle

Ausgaben

Personalausgaben

Begründung:
 Ausbringung von 2 neuen kw-Vermerken zum 31.12.2005 im Zuge der
 Regierungsneubildung.

422 01 254 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und
 Beamten , Richterinnen und Richter 2 960 500 — 2 960 500

Planstellen

2005 neu	2005 bisher	
9	9	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin davon 1 (0) Stelle kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005

2005 neu	2005 bisher	
73	73	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber.

Gliederung nach Laufbahngruppen

2005 neu	2005 bisher	
41	41	Höherer Dienst
25	25	Gehobener Dienst
7	7	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

426 01 254 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter 466 100 — 466 100

Erläuterung
 Zu Titel 426 01:

Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter

Lohngruppe MTArb	Stellensoll 2005 neu	Stellensoll 2005 bisher	mehr (+) / weniger (-)
MTArb 5a-4	2	2	—
MTArb 4-2a	3	3	—
MTArb P I-IV	4	4	—
MTArb 3a-2a	1	1	—
Gesamt	10	10	—

Davon kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005:
 1 (0) Stelle MTArb 4-2a

Gesamtausgaben Kapitel 11 120	16 977 300	—	16 977 300
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 120	156 700	—	156 700

6/98

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
11 130	Maßregelvollzug			
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
633 20 059	Vollzug von Maßnahmen der Besserung und Sicherung in Anstalten anderer Verwaltungen	188 000 000	+20 000 000	208 000 000
	<i>Begründung: Erhöhung zur Abdeckung der Verpflichtungen gegenüber den Landschaftsverbänden (Aufwendungsersatz Betriebskosten).</i>			
	Gesamtausgaben Kapitel 11 130	240 505 000	+20 000 000	260 505 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 130	62 535 000	---	62 535 000

Kapitel 11 320
Gesetzliche Leistungen der Versorgungsverwaltung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
11 320	Gesetzliche Leistungen der Versorgungsverwaltung			
	Ausgaben			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
681 30 234	Aufwendungen nach dem Gesetz über die Entschä- digung für Opfer von Gewalttaten	44 000 000	+3 000 000	47 000 000
	<i>Begründung: Höhere Ausgaben insbesondere für Leistungen der Jugendämter bei Jugendhilfefällen nach dem SGB VIII, z.B. für die Heimunterbringung von Kindern, die Opfer einer Straftat geworden sind. Das Land hat diese Lei- stungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu erstatten, ohne dass das OEG hierfür eine Bundesbeteiligung vorsieht.</i>			
	Gesamtausgaben Kapitel 11 320	223 055 000	+3 000 000	226 055 000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 330

Versorgungsämter des Landes NRW

Ausgaben

Personalausgaben

Begründung:
Ausbringung von 4 neuen kw-Vermerken zum 31.12.2005 im Zuge der
Regierungsneubildung.
Zur Einsparung von Personalkosten ist eine Umorganisation der Versor-
gungsverwaltung beabsichtigt. Als Vorgriff auf die Ergebnisse der Neu-
strukturierung werden 50 neue kw-Vermerke ab dem 01.01.2008 aus-
gebracht.

422 01	214	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten , Richterinnen und Richter	26 881 700	—	26 881 700
--------	-----	---	------------	---	------------

Planstellen

2005 neu	2005 bisher	
21	21	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin davon 2 (0) Stellen kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005
837	837	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
Gliederung nach Laufbahngruppen		
139	139	Höherer Dienst
345	345	Gehobener Dienst
339	339	Mittlerer Dienst
14	14	Einfacher Dienst

Kapitel 11 330
Versorgungsämter des Landes NRW

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
Funkt.- Kennziffer				
425 01 214	Vergütungen der Angestellten.....	40 447 500	—	40 447 500

Erläuterung
Zu Titel 425 01:

Stellen für Angestellte

Vergütungsgruppe BAT	Stellensoll 2005 neu	Stellensoll 2005 bisher	mehr (+) / weniger (-)
BAT Ia/Ib	9	9	—
BAT Ib/Ila	7	7	—
BAT IVb/Vb	123	123	—
BAT VIb	68	68	—
BAT VIb/VII	217	217	—
BAT IXa/IXb	16	16	—
Gesamt	1137	1137	—

Zusätzlich zu den bisher ausgebrachten ergeben sich folgende neue kw-Vermerke:

kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005

- 1 (0) Stelle BAT Ib/Ila
- 1 (0) Stelle BAT IXa/IXb

kw ab dem 01.01.2008 - Neustrukturierung

- 3 (0) Stellen BAT Ia/Ib
- 7 (0) Stellen BAT IVb/Vb
- 40 (0) Stellen BAT VIb/VII

Gesamtausgaben Kapitel 11 330.....	97 915 300	—	97 915 300
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 330	1 104 500	—	1 104 500

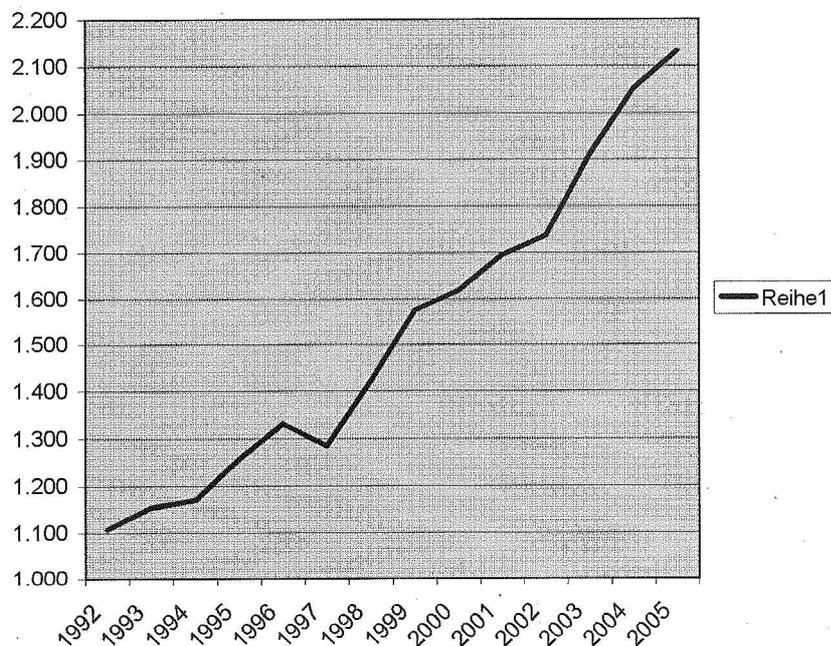
	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2005 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2005 EUR
	Gesamteinnahmen	1 106 719 000	-4 000 000	1 102 719 000
	Gesamtausgaben	2 355 069 000	+76 500 000	2 431 569 000
	Verpflichtungsermächtigungen	555 744 300	+10 000 000	565 744 300

Anlage zum Protokoll der AGS-Sitzung vom 02.11.2005
Entwicklung der Patientenzahlen im Maßregelvollzug

Stichtag 01.01.	LVR	LWL	Freie Träger	Summe
1992	475	634		1.109
1993	512	642		1.154
1994	539	632		1.171
1995	583	674		1.257
1996	612	719		1.331
1997	609	675		1.284
1998	681	739		1.420
1999	805	770		1.575
2000	835	782		1.617
2001	862	832		1.694
2002	912	825		1.737
2003	979	922	7	1.908
2004	1.046	981	24	2.051
2005	1.075	1.034	22	2.131

Einschließlich Unterbringungen gem. § 126 a STPO etc. sowie Unterbringungen in anderen Ländern.

Entwicklung der Patientenzahlen im MRV



Hinweis zum Haushalt 2004/2005:

Die Zahl der Patienten im Maßregelvollzug hat sich in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Bis einschließlich 2004 wurden die Erstattungen an die Landschaftsverbände jeweils für die (bekannte) Patientenzahl des Vor-Vorjahres geleistet, die exakte Abrechnung erfolgte jeweils im übernächsten Haushalt.

Seit 2005 werden die Kosten für die (noch unbekannt) tatsächliche Patientenzahl des jeweiligen Haushaltsjahres erstattet. Die Patientenzahl 2005 musste dazu erstmals bereits im Jahre der Haushaltsaufstellung 2003 geschätzt werden. Die damals erwartete Dämpfung der Zuwachsraten hat jedoch erst mit Verzögerung eingesetzt, die Patientenzahlen wurden daher über die Jahre um insgesamt etwa 150 Personen unterschätzt. Die damit verbundenen Mehrausgaben betragen rund 13 1/2 Mio. €.

Weiterer Mehrbedarf ist u.a. deshalb entstanden, weil angestrebte Kostenentlastungen durch den Einsatz flexibler Budgets und eine kritische Überprüfung insbesondere der Langzeittherapien nicht im angenommenen Umfang realisiert werden konnten (rd. 4 Mio. €) und auch der Betrieb des Übergangsorts Rheine unerwartete Mehrausgaben verursacht hat (1 1/2 Mio. €).

28. 11. 2005